



# KREISWAHLPROGRAMM

## ZUR KREISTAGSWAHL AM 12.09.2021



**GEMEINSAM. STARK.**

Herausgeber:  
SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck  
Scharnhorstplatz 8  
37154 Northeim

Telefon: 05551 / 36 67

Mail: [northeim@spd.de](mailto:northeim@spd.de)

[www.spd-northeim-einbeck.de](http://www.spd-northeim-einbeck.de)

## **Vorwort**

Bei der Kreistagswahl im September 2016 ist die SPD mit 20 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern als stärkste Fraktion in den Kreistag gewählt worden. Sie stellt ebenfalls die Landrätin im Landkreis Northeim mit Astrid Klinkert-Kittel. Von 2016-2021 hat die SPD-Fraktion im Kreistag zahlreiche Themen und Initiativen auf den Weg gebracht. Waren im Jahr 2016 noch die Themen der Migration und der Integration vorherrschend, so war es ab Frühjahr 2020 die Corona Pandemie, die alle in Atem hielt.

Insgesamt hat die SPD-Kreistagsfraktion 35 Anträge in den Kreistag eingebracht. Dabei war der Schwerpunkt im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik. Allein elf Anträge im Bereich der Gesundheitspolitik, zum Beispiel für eine bessere Hebammenversorgung und für die Re-kommunalisierung des Rettungsdienstes sind zu nennen. Die weiteren sozialpolitischen Themen, mit denen wir uns beschäftigt haben, waren bessere Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung in unterschiedlichen Bereichen sowie eine bessere Sprachförderung zur Integration der zu uns kommenden Menschen. Auch die Bildungspolitik und Verkehrspolitik hat in unseren Anträgen eine Rolle gespielt.

Die SPD ist die prägende politische Kraft im Landkreis Northeim. Wir stehen für eine soziale, weltoffene und generationengerechte Politik. Dabei ist uns der Erhalt unserer Demokratie besonders wichtig. Denn wir stehen für einen Landkreis Northeim, in dem alle Menschen vor extremistischer und rechter Gewalt geschützt werden. Wir wollen einen Landkreis Northeim, der Ausgrenzung und Diskriminierung stoppt. Wir wollen einen Landkreis Northeim, der Vielfalt, Teilhabe und Weltoffenheit fördert.

Unser Motto für die kommenden fünf Jahr im Landkreis Northeim ist „Gemeinsam stark.“

Uns geht es um einen sozialen Landkreis in dem sich die Familien wohl fühlen. Uns geht es um eine gute wirtschaftliche Entwicklung, in der wir die Mobilität für den ländlichen Raum noch stärker in den Blick nehmen. Uns geht es aber auch um ein gutes Miteinander, deshalb wollen wir die ehrenamtlichen Strukturen weiterhin stärken und erhalten.

Einstimmig hat deshalb eine Versammlung des SPD unter Northeim Einbeck das nun vorliegende Kreiswahlprogramm Anfang Juni 2021 verabschiedet.

Wir wünschen interessante Information und Freude beim Lesen.

**Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahl zum Kreistag des  
Landkreises Northeim am 12. September 2021**

**SPD. Engagiert für unseren Landkreis.**

Gliederung

- Vorwort
- Unsere Bilanz seit 2016
- Bestmögliche Bildungschancen für alle von Anfang an
- Dem Vereins- und Breitensport verpflichtet
- Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit in der Abfallentsorgung
- Das Wohl von Kindern und Jugendlichen in den Fokus rücken
- Für eine umweltverträgliche und zukunftsweisende Struktur im Landkreis
- Gleichstellung
- Familie und Senioren
- Sicherung der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Landkreis
- Wirtschaft und Tourismus in unserer Region stärken
- Der Personennahverkehr muss sich wandelnden Gegebenheiten anpassen
- Für starke Feuerwehren und Hilfsorganisationen
- Die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Landkreises erhalten
- Gegen Extremismus. Für die Stärkung unserer Demokratie.
- Impressum

## **Vorwort**

Die Corona-Pandemie hat auch in Niedersachsen eine schwere Krise ausgelöst. Ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spuren sind tief. Einschränkungen sind notwendig geworden, wie sie sich wohl niemand zuvor hat vorstellen können. Der Alltag hat sich verändert und damit unser gesamtes Miteinander.

Mund-Nasen-Bedeckungen und Distanzgebote sind da nur die sichtbarsten Zeichen. Sie werden uns genauso wie manch andere Schutzmaßnahme noch einige Zeit begleiten, denn das Virus bleibt – bis es eine wirksame Immunisierung gibt – eine Gefahr.

Wir standen und stehen zu der gemeinsamen Verantwortung, Freiheit und Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen. Die Gesundheit jedes einzelnen Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Kultur, Konstitution und finanzieller Situation – genießt höchste Priorität. Wir lassen es nicht zu, dass wirtschaftliche und soziale Härten durch Corona den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören.

Wie immer in der 158-jährigen Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland haben wir auch in der endenden Wahlperiode für die Gleichheit und das Wohl aller Menschen gestanden. Hass, Ausgrenzung und Diffamierung in Politik und Gesellschaft haben wir uns nicht erst seit 2016 entgegengestellt. Eine offene und tolerante Gesellschaft wird auch weiter der Antrieb unseres Strebens sein. Aus diesem Grund wollen wir mit diesem Wahlprogramm auch eine Perspektive für die Zeit nach der Pandemie aufzeigen.

### [Zurück zur Gliederung](#)

#### **Unsere Bilanz seit 2016**

Aus der Kreistagswahl am 11.09.2016 ging die SPD erneut als stärkste Fraktion hervor. Mit diesem Auftrag haben wir in den Jahren 2016 bis 2021 wieder viele Themen initiativ aufgegriffen und zur Umsetzung gebracht.

Aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der daraus resultierenden Steuereinnahmen in den ersten Jahren der Wahlperiode hatte auch der Landkreis Northeim etwas größeren finanziellen Gestaltungsspielraum. Großen Anteil daran haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die durch die Kreisumlage einen erheblichen Beitrag für die erforderliche finanzielle Ausstattung des Landkreises leisten. Mit Unterstützung von Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union wurden und werden nicht unerhebliche Investitionen in die Struktur des Landkreises eingebracht.

Die letzten beiden Jahre der Wahlperiode waren von dem Virus SARS Cov-2 geprägt, gegen das es bis Ende 2020 keinen Impfstoff gab. Die Corona-Pandemie hat in vielen Themenfeldern wie ein Brennglas Probleme aufgezeigt und Handlungsbedarf deutlich gemacht. So wurden z.B. durch die Corona-Pandemie schnell und erschreckend die Grenzen des öffentlichen Gesundheitsdienstes aufgezeigt. Darauf konnte das Gesundheitsamt des Landkreises ebenso wenig vorbereitet sein wie alle anderen Institutionen in Deutschland. Bei aller Dramatik der durch

Corona ausgelösten Folgen sind auch bundesweit Defizite deutlich geworden, die es zu beheben gilt. Die Existenz und die Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind vielen Menschen erst durch die Pandemie deutlich geworden. Die SPD-Kreistagsfraktion hat angeregt, daraus auch auf der Kreisebene notwendige Konsequenzen zu ziehen. Neben einer personellen Aufstockung des öffentlichen Gesundheitsdienstes geht es um die zukünftige Aufgabenstellung und entsprechende Neuausrichtung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dazu zählen neben der Bewältigung zukünftiger Pandemien u.a. auch die vollständige Wiederaufnahme der zusätzlichen Vorsorgeuntersuchungen in den Kindergärten, um zeitnah gegebenenfalls frühe Hilfe anbieten zu können und die Erstellung des Kindergesundheitsberichtes für unseren Landkreis.

Aber auch gerade Themen im Bereich der pflegerischen Versorgung unserer Bevölkerung waren uns wichtig. So hat es auf unsere Initiative die erste Pflegekonferenz im Landkreis gegeben. Diese sollen künftig regelmäßig stattfinden. Wir haben außerdem darauf gedrängt, dass ein Pflegebericht vorgelegt wurde, der regelmäßig fortgeschrieben werden muss. Pflege betrifft nicht nur Menschen im Seniorenalter und daher haben wir uns auch die Pflegesituation von jüngeren Menschen bemüht. Hier ist uns insbesondere die Schaffung eines Assistenzpools wichtig gewesen. Eingesetzt haben wir uns auch für die Vernetzung aller anbietenden Stellen von Pflegedienstleistungen.

Ein Anliegen war uns zudem die Arbeitssituation der ambulanten Pflegedienste. Aufgrund unseres Antrages kommen Pflegedienste in den Genuss von Erleichterungen bei der Beantragung von Dauer-Parkerlaubnissen.

Einen großen Mangel gab es in unserem Landkreis an Hebammen und Geburtshelfern. Wir haben dazu einen Antrag auf den Weg gebracht, der zu einer Förderung der Existenzgründung und Fortbildung im Bereich der Geburtshilfe geführt hat. Außerdem ist die Einführung einer App in Arbeit, welche die Kommunikation zwischen Schwangeren/jungen Müttern und der Hebamme erleichtert.

Ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge war und ist für uns der Rettungsdienst sowie der Brand- und Katastrophenschutz.

Deshalb haben wir die Re-Kommunalisierung der Notärzte auf den Weg gebracht, nachdem die Krankenhäuser im Landkreis Northeim in der Vergangenheit nicht mehr in der Lage waren, Notärzte rund um die Uhr zur Verfügung zu stellen. In dem Zusammenhang ist es unserer Initiative zu verdanken, dass entgegen ursprünglichen Überlegungen alle vier bisherigen Notarztsitze im Landkreis im vollen Umfang erhalten bleiben.

Ein weiteres Anliegen war uns die psychologische Betreuung von ehrenamtlichen Kräften im Katastrophenschutz nach psychisch belastenden Einsätzen.

Da auch ehrenamtliche Rettungskräfte aller Organisationen vermehrt Übergriffen Dritter ausgesetzt sind, haben wir Schulungen zur Deeskalationshilfe angeregt. Zudem haben wir uns für die Einführung einer Ersthelfer-App für Smartphones stark gemacht. Im Notfall können damit in der Nähe befindliche ehrenamtliche Ersthelfer schnell alarmiert werden und Hilfe leisten.

Nicht hinnehmbar war für uns die bundesweite Zentralisierung der Ärztlichen Bereitschaftsdienst-Nummer 116117. Gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen

wurde aufgrund unserer Initiative ein landesweit einmaliges Modellprojekt erprobt, bei dem die Rufnummer 116117, genau wie die Notfallnummer 112 mit der Rettungsleitstelle des Landkreises gekoppelt waren und so von dort zielgenau das richtige Rettungsmittel eingesetzt wurde. Leider hat der Bundesgesundheitsminister dieses erfolgreiche Modell erstmal vereitelt. Wir setzen uns daher nachdrücklich für die Wiederherstellung ein. Gerade im letzten Jahr konnte mit unserer Unterstützung auf Kreis- und Landesebene und durch ein breites gesellschaftliches Bündnis, eine erhebliche Verschlechterung des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes in unserem Landkreis, vor allem in Uslar und Bodenfelde, verhindert werden.

Fortlaufend am Ball sind wir auch beim Thema des öffentlichen Personennahverkehrs geblieben. Er ist unerlässlich für den Erhalt und die Stärkung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Nach der erfolgreichen Reaktivierung des Personenverkehrs auf der Schiene zwischen Einbeck Mitte und Salzderhelden haben wir uns für die Verlängerung der Regionalbahn bis zum Haltepunkt in der Nähe der Einbecker BBS eingesetzt. Viel war bei der Verbesserung der Anbindung der Dörfer an die Zentren zu tun. Unser Augenmerk lag dabei neben der Barrierefreiheit auf günstigeren Tarifen, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten sind. Das Fahren mit Bus und Bahn in der Region ist dadurch deutlich günstiger geworden. Beispielsweise kostet ein Einzelfahrschein nun nur maximal 5 Euro.

Mit Besorgnis nehmen wir das zurückgehende ehrenamtliche Engagement im Bereich der verbandlichen Jugendarbeit zur Kenntnis. Wir haben deshalb die Landrätin im Jugendhilfeausschuss gebeten, dies bei der weiteren Jugendhilfeplanung einzubeziehen und den Kreisjugendring entsprechend zu unterstützen.

Das Forum Kinderarmut Uslar hat vor Jahren in einem Pilotprojekt erreicht, dass im Raum Uslar/Bodenfelde Kinder aus sozialhilfeberechtigten Familien in Kindertagesstätten und Schulen ohne formalen Aufwand ein kostenloses Mittagessen erhalten. Wir haben mit einem Antrag seit 2017 darauf hingearbeitet, dass dies auf den gesamten Landkreis übertragen wird. Inzwischen ist dieses Verfahren durch ein Bundesgesetz geregelt und etabliert.

Schwierigkeiten zeigten sich während der Schließung von Kindertagesstätten und Schulen infolge der Pandemie. Wir haben deshalb die Landrätin gebeten, darauf hinzuwirken, dass der Betrag für das Mittagessen an die betroffenen Familien ausgezahlt wird, wenn aus Anlässen wie einer Pandemie eine Mittagessenversorgung in Kita und Schule nicht darstellbar ist.

Ebenso liegt uns die Sprachförderung von Menschen mit Migrationshintergrund am Herzen, auch hierzu wird der Landkreis nach Aufforderung durch uns mit zusätzlichen Sprachkursen tätig. Denn nur durch Sprache gelingt Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Beide Aspekte waren und sind uns sehr wichtig.

An die moderne Landwirtschaft werden heute vielfältige Anforderungen gestellt. Als Beispiele seien genannt die Auseinandersetzung mit Behörden um die Erteilung notwendiger Genehmigungen, mit Nachbarn über die Nutzung von Flächen oder mit Jagdpächtern über den Ersatz von Wildschäden, außerdem ein ständiger Rechtfertigungsdruck für Geräusch- und Geruchsemissionen sowie die Erfüllung von Auflagen. Auch Konflikte zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz bestimmen immer mehr den Alltag.

Die SPD-Fraktion hat sich zu diesen Themen mit dem Landvolk Northeim-Osterode ausgetauscht. Daraufhin haben wir uns mit der Frage beschäftigt, in welcher Form der Landkreis Northeim der heimischen Landwirtschaft in diesem vielfältigen Aufgaben- und Konfliktfeldern helfen kann. Diesen Dialog werden wir genauso weiter fortsetzen, wie mit zahlreichen anderen wichtigen Institutionen, Initiativen, Verbänden und Vereinen in unserem Landkreis.

Zurück zur Gliederung

### **Bestmögliche Bildungschancen für alle von Anfang an**

Wir haben ein umfassendes Bildungsangebot von der Krippe bis zum Beruf aufgebaut und entwickeln dieses weiter.

Wir verbessern die Übergänge zwischen Krippe, Kindergarten, Grund- und weiterführenden Schulen sowie den Berufsschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

Wesentliches Element unserer Bildungspolitik ist neben der Einbindung und Beteiligung der Eltern auch die gute Kooperation mit den Bildungsträgern der Grundschulen und den Kita-Trägern innerhalb des Landkreises. Gute Bildung muss unabhängig vom familiären Einkommen sein.

Wir setzen uns für Kindertagesstätten mit Ganztagsbetreuung auch in den Ferien ein. Wir unterstützen die Gemeinden bei der finanziellen Entlastung der Eltern und fördern die Arbeit von Tageseltern. Die verstärkte Einrichtung von Betriebskindergärten wollen wir prüfen. Um den hohen Standard unserer Kindertagesstätten sicherzustellen, haben wir die Gemeinden bei den Betriebskosten massiv unterstützt und führen das Qualitätsmanagement gemeinsam mit den Kommunen und den freien Trägern fort. Eine wichtige Weiterentwicklung der KiTa-Landschaft im Landkreis Northeim ist der Ausbau der Randzeitenbetreuung und der Ganztagesbetreuung, natürlich in Kooperation mit den zuständigen Trägern.

Die Gesundheitserziehung in Kindertagesstätten und Schulen ist uns wichtig. Wir wollen prüfen, ob wir die Vermittlung einer gesunden Ernährung und die konkrete Umsetzung durch gesunde Frühstücks- und Mittagsangebote finanziell fördern können.

Unsere Schulpolitik wird getragen von der Vorstellung, dass alle Kinder die bestmöglichen Bildungschancen erhalten. Gute Bildung erhöht die individuellen Lebenschancen und ist Voraussetzung für ein eigenverantwortliches Leben. Diesen Grundsätzen haben wir uns immer verbunden gefühlt und dies gilt auch in Zukunft.

Eine zukunftsweisende Schulpolitik hat die Aufgabe, die Grundlage zu schaffen, dass möglichst alle Jugendlichen die Schule mit einem für sie bestmöglichen Abschluss verlassen. Hierzu ist erforderlich, dass wir in unserem Landkreis ein breitgefächertes und vielfältiges Schulangebot mit möglichst vielfältigen Schulformen anbieten. Nur so bringen wir die Schulpolitik voran und garantieren allen jungen Menschen im Landkreis Northeim bestmögliche Bildungschancen.

In der Vergangenheit haben wir uns für den Ausbau der Ganztagschulen sowie eine flächendeckende Schulsozialarbeit eingesetzt. Hier haben wir unser Versprechen eingelöst und die Schulsozialarbeit auch an den Schulformen sichergestellt, die nicht durch die Vorgaben des Landes Niedersachsen erfasst waren. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wurden die



Vorhaben der Schulen zum Ausbau der Ganztagsbetreuung durch die notwendigen baulichen Maßnahmen und die Einrichtung von Mensen unterstützt.

Die rechtlichen Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung wollen wir auch im Bildungsbereich in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten umsetzen. Der Landkreis Northeim als Schulträger ist seiner Verantwortung schon jetzt gerecht geworden und hat die Inklusion nach und nach mit allen beteiligten Akteuren vorangebracht. Die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten auf dem Weg zur inklusiven Beschulung wurden im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung des Mitbestimmungsrechts der Eltern in Angriff genommen. Im Bereich der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen besucht eine hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern inzwischen die integrierten und kooperativen Gesamtschulen sowie die Oberschulen. Wir wollen den Inklusionsgedanken auch stärker an den Gymnasien verankern, auch hier muss die Inklusion vorangebracht werden. Unser Ziel muss sein, dass alle Kinder unabhängig von ihrem individuellen Unterstützungsbedarf gemäß dem Elternwillen an Regelschulen beschult werden können.

Das inklusive Schulsystem im Landkreis Northeim werden wir fortlaufend weiterentwickeln. Verbindliche Übergänge mit den bestehenden Förderschulen sollen vereinbart werden.

Für die SPD im Landkreis Northeim hat die zukunftsweisende Weiterentwicklung der Schulen sowie der diskriminierungsfreie Zugang der Kinder zu allen Bildungsangeboten oberste Priorität in ihrem politischen Handeln. In den letzten Jahren wurden viele Millionen Euro in den bedarfsgerechten Ausbau und die Sanierung unserer allgemeinbildenden sowie berufsbildenden Schulen investiert. Hiermit stärken wir das Recht auf Bildung und sorgen dafür, dass die Kinder und Jugendlichen in einem unterstützenden und anregenden Lernumfeld ihren Abschluss erreichen und die Berufsausbildung gelingt. Wir wollen junge Menschen zu einem selbstverantwortlichen Leben und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigen.

In Anbetracht der bereits praktizierten schulischen Inklusion wollen wir auch die im Bundes-teilhabegesetz geregelten Budgets für Ausbildung und Arbeit intensiv nutzen, um gemeinsam mit den Werkstätten für behinderte Menschen und den Unternehmern unseres Landkreises den Übergang von Außenarbeitsverhältnissen zu festen Dauerarbeitsplätzen zu verstetigen.

Die Corona-Pandemie mit der teilweisen oder vollen Schließung der Schulen hat uns sehr deutlich aufgezeigt, wo in Zukunft dringender Handlungsbedarf im Bildungswesen besteht.

Die Digitalisierung an den Schulen und die Befähigung der Schülerinnen und Schüler zum Umgang mit der erforderlichen Hard- und Software im sogenannten Homeschooling wird immer wichtiger für eine zukunftsweisende Bildungsarbeit, auch um junge Menschen bestmöglich auf die Anforderungen des Arbeitens in einer digitalen Welt vorzubereiten. Mit dem Digital-Pakt Schule des Bundes und der Länder wurden Mittel zur Anschaffung digitaler Endgeräte bereitgestellt. Auch der Landkreis Northeim wird sich finanziell engagieren müssen, um die erforderliche Digitalisierung an den Schulen zügig voranzubringen. Wir setzen uns für eine Digitalisierungsoffensive ein, die sowohl die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler als auch der Schulen berücksichtigt. Die Teilhabe an einem modernen Schulalltag darf nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses abhängen.

Den Weg in eine Schule, in der das Lernen mit mobilen Endgeräten normal ist und in der neue pädagogische Aspekte des Lernens und des Lehrens durch die Digitalisierung erschlossen werden können, wollen wir gemeinsam mit allen Schulen und an Schule Beteiligten gehen. Dazu ist es erforderlich, einen „Masterplan für die Digitalisierung“ in den kreiseigenen Schulen mit allen dazugehörenden Akteuren zu entwickeln. Die Digitalisierung kann die Zusammenarbeit zwischen den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften, den Eltern, aber auch von Schulen untereinander und mit externen Partnern von Schule erleichtern und damit auch vielfältiger werden lassen. Es geht nicht nur um die technische Ausstattung der Schulen, sondern es geht um die Verknüpfung von Pädagogik und Technik, also um ein gemeinsames Verständnis von Bildung in einer digitalen Welt. Hierbei möchten wir die Schulen so unterstützen, dass keine Schule „abgehängt“ wird.

Neben der Digitalisierung ist der Umgang mit Verschiedenartigkeit an unseren Schulen ebenso wichtig. Die Unterschiedlichkeit der Kinder und Jugendlichen wertzuschätzen und auf diese einzugehen, muss auch durch die Schulräume und -gebäude ermöglicht werden. Daher sind die Sanierung und der Ausbau unserer Schulen im Hinblick auf die Inklusion und die Integration weiterhin voranzutreiben. Wir wollen den Anspruch, dass Ganztagschulen nicht nur Lernräume, sondern auch Lebensräume sind, auch mit Baumaßnahmen und Sanierungen unterstützen. In Bezug auf die Verschiedenartigkeit der Schulen ist es wichtig, mit unterschiedlichen Professionen an unseren Schulen zu arbeiten. Neben Schulverwaltungskräften, Schulinformatikerinnen und Schulinformatikern sowie Schulassistentinnen und Schulassistenten ist die Ausstattung der Schulen mit Kräften für die Schulsozialarbeit ein wichtiger Schritt.

Unsere Kreisvolkshochschule (KVHS) bietet ein umfangreiches Bildungsangebot, das wir weiterentwickeln wollen. Dabei orientieren wir uns an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen in unserem Landkreis. Insbesondere Schulabschlüsse und die Sprachangebote für Flüchtlinge sowie Fortbildungen für Ehrenamtliche finanzieren wir mit.

[Zurück zur Gliederung](#)

### **Dem Vereins- und Breitensport verpflichtet**

Das auf Antrag der SPD erfolgte Pilotprojekt zur Öffnung der kreiseigenen Sporthallen für den Vereinssport in den Ferien konnte im Sommer 2017 erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Ausweitung auf sämtliche Sporthallen des Landkreises unterstützt unser Bekenntnis zum organisierten Sport und seinen Vereinen.

Der Vereinssport ist ein zur Förderung des sozialen Miteinanders und der Gesundheit wichtiger Baustein in unserer Gesellschaft. Im „Pakt für den Sport“ mit dem Kreissportbund Northeim – Einbeck e.V. ist die nachhaltige Förderung durch den Landkreis Northeim festgelegt. Dem fühlen wir uns ebenso verpflichtet wie der Förderung des Breitensports.

Zusammen mit dem Behindertenbeirat und dem Kreissportbund wollen wir im Landkreis Northeim ein gemeinsames Sportleben behinderter und nicht-behinderter Menschen über Schule, Einrichtungen, Bildungsstätten organisieren.

Ferner sollen auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit der Ausbildung zur Übungsleiterin bzw. zum Übungsleiter oder zur Sportassistenz oder Helferausbildungen in Kooperation mit den lokalen Sportvereinen erhalten.

In der Corona-Pandemie konnten nach Aussagen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) seit März 2020 keine Schwimmkurse mehr angeboten werden. Gleiches gilt auch für kaum noch durchgeführtes Schulschwimmen. Schon vor Beginn der Corona-Pandemie wurde oft darauf hingewiesen, dass viele Kinder und Jugendliche nicht mehr schwimmen lernen. Durch Corona hat sich die Gesamtproblematik nochmals deutlich verschärft. Die Pandemie verhindert wegen fehlenden Schwimmunterrichts infolge geschlossener Schwimmbäder für tausende Schülerinnen und Schüler die Durchführung von Schwimmkursen bzw. Schwimmunterricht. Die Schwimmfähigkeit ist für alle Menschen von elementarer Bedeutung und muss daher allen Heranwachsenden ermöglicht werden.

Zurück zur Gliederung

### **Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit in der Abfallentsorgung**

Der Eigenbetrieb „Kreisabfallwirtschaft“ konnte im letzten Jahrzehnt die Beseitigung der Restabfälle und Bioabfälle mit stabilen Gebühren für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gewährleisten. Mit dem Neubau eines zentral im Kreisgebiet gelegenen Betriebshofs in Moringen und damit in der Nähe der Deponie Blankenhagen werden wir die Fahrzeugbewegungen der Kreismüllabfuhr auf das unbedingt notwendige Maß beschränken und für die Beschäftigten eine den heutigen Anforderungen entsprechende Betriebsstätte bereitstellen. Den bisherigen Standort des Kreisgaragenhofs in Northeim werden wir gemeinsam mit der Stadt Northeim unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Zulassungsstelle und der Bedürfnisse der Feuerwehrtechnischen Zentrale zukunftsfähig weiterentwickeln.

Bei der notwendigen Modernisierung der gemeinsamen Müllbearbeitungsanlage des Abfallzweckverbandes Südniedersachsen in Deiderode werden Klimaschutzaspekte neben der Wirtschaftlichkeit eine wesentliche Rolle spielen. Abfallverbrennung ist für uns auch wegen der Transportwege weiterhin keine Alternative. Die Deponie Blankenhagen ist für die Aufnahme der in Deiderode behandelten Restmengen noch bis 2046 geeignet und wird somit Einnahmen erwirtschaften.

Die Vergabe von Entsorgungsleistungen und wo möglich der Verwertung der Abfälle werden weiterhin gebündelt ausgeschrieben und sollen in Kooperation mit den Entsorgungs- und Recycling-Partnern auch in den nächsten Jahren eine sichere und kostengünstige, aber auch nachhaltige Abfallbeseitigung mit möglichst stabilen Gebühren gewährleisten. Erprobte Serviceleistungen wie die Annahme von Kleinmengen an Baum- und Strauchschnitt an den Annahmestellen im Kreisgebiet sollen erhalten bleiben. Neue Möglichkeiten zur Müllvermeidung und konsequenteren Mülltrennung und Verarbeitung können die Nachhaltigkeit der Abfallwirtschaft weiter stärken. Dabei ist die Sicherung der bestehenden Bau- und Bodenschuttdeponien für eine der ländlichen Region angepasste Entsorgungsmöglichkeit für uns weiterhin wichtig.

## Zurück zur Gliederung

### **Das Wohl von Kindern und Jugendlichen in den Fokus rücken**

In unserem Landkreis haben wir ein gutes Netz von ehrenamtlicher Jugendarbeit in den Verbänden, Vereinen und nicht zuletzt dem Kreisjugendring. Dieses Fundament gilt es zu sichern, weiterhin zu fördern und auszubauen. Das gilt aber nicht nur für die ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit, sondern auch gleichermaßen für die örtliche Jugendpflege in unseren Städten und Gemeinden. Diese Aufteilung hat sich bewährt und steht für uns nicht zur Disposition, einschließlich der hälftigen Finanzierung durch den Landkreis.

Die Landkreise sind aber auch die gesetzlich vorgegebenen Träger der örtlichen Jugendhilfe und regeln diese Aufgaben im eigenen Zuständigkeitsbereich. Daraus ergeben sich zahlreiche Verpflichtungen, zu deren Umsetzung wir uns ausdrücklich bekennen und die im Rahmen einer modernen Jugendhilfeplanung ihren Niederschlag finden muss.

Damit der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes seiner wichtigen Beratungsfunktion und Begleitarbeit angemessen nachkommen kann, werden wir uns für eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben und angemessene Personalausstattung einsetzen.

Auch eine höhere Wertschätzung von Pflegefamilien ist uns besonders wichtig. Wir wollen den Grundsatz des Vorrangs von Unterbringungen in Pflegefamilien vor stationären Einrichtungen beibehalten.

Wir brauchen gemeinsame Konzepte mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, um besonders gefährdete Kinder und Jugendliche auch bei längeren Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten, beispielsweise wegen einer pandemischen Notlage, effektiv zu schützen. Kindeswohlgefährdungen müssen rechtzeitig erkannt werden können, Konzepte für Notgruppen müssen vorliegen, um jederzeit auf den aktuellen Bedarf reagieren zu können.

Ein wichtiges Thema ist auch die regelmäßige Mittagessenversorgung für alle Kinder, insbesondere aus Familien mit Anspruchsberechtigung nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz. Aufgrund der Pandemie war während der Schließung der Schulen die Versorgung der Kinder mit Mittagessen nicht möglich. Wir werden uns darum bemühen, dass künftig in solchen Fällen auch die Auszahlung des Geldes an die berechtigten Familien ermöglicht wird.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren bekannt gewordenen, schwerwiegenden Fälle von Kindesmissbrauch ist es uns ein besonderes Anliegen, Konzepte zu entwickeln, deren Ziel die Sensibilisierung der Bevölkerung und die bessere Vernetzung und Schulung der in diesem Bereich handelnden Akteure ist. Strukturelle Defizite dürfen nicht dazu führen, dass Taten und Täter in diesem Bereich jahrelang übersehen werden.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch jungen Menschen mit Behinderungen, wie z.B. Autismus und psychischen Erkrankungen. Maßnahmen zur Ausweitung des Angebotes für Ausbildung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt müssen hierbei im Fokus stehen. Nach Möglichkeit wollen wir eine Facharztstelle für Psychiatrie nach § 35 im SGB 8 im Rahmen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche einrichten.

Wir möchten nicht nur über Kinder und Jugendliche reden, sondern vor allem auch mit ihnen. Im Sinne einer echten Partizipation von Kindern und Jugendlichen werden wir daher die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes oder eines Beirates vorantreiben.

### Zurück zur Gliederung

#### **Für eine umweltverträgliche und zukunftsweisende Struktur im Landkreis**

Die Nutzung des Fahrrads als alternatives und umweltfreundlichstes Verkehrsmittel sowie als Tourismusangebot soll wieder verstärkt gefördert werden. Dazu streben wir u.a. folgende Maßnahmen an:

- Wiederaufnahme und Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes des Landkreises unter Berücksichtigung der Schüler\*innen, der Berufspendler\*innen und des Tourismus
- Sanierung vorhandener Wege (z.B. Vahle – Eschershausen)
- Schaffung von Ladestationen für E-Bikes
- Lückenschlüsse von Radwegen an Kreisstraßen (z.B. Lauenberg - Fredelsloh, Gillersheim - Lindau)
- Initiativen zur Ausweisung von touristischen Radwegen (Weser-Leine-Route)
- Weiterentwicklung des Radwegenetzes auch an Landes- und Bundesstraßen (z.B. Lückenschluss Sebexen - Bad Gandersheim)
- Nutzung von Fördermittelprogrammen des Landes und Bundes

Wir wollen wie beim Kreisstraßenbau auch für Radwege ein transparentes und in Bezug auf die Bedarfe nachvollziehbares Konzept für die Prioritätensetzung der Radwegebaumaßnahmen entwickeln.

Die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte erfordert eine sorgfältige Abwägung unserer Straßenbaumaßnahmen. Der Zustand unserer Kreisstraßen und der Brücken macht auch in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in die Erneuerung und Unterhaltung des gesamten Straßen- und Brückennetzes erforderlich. Das erfolgreich durchgeführte Programm zur Erneuerung der Straßendecken werden wir daher fortsetzen. Den Bau zusätzlicher Kreisstraßen halten wir nicht für erforderlich. Die Prioritätenliste zur Erneuerung der Kreisstraßen muss fortgeschrieben werden und das Kataster über den Zustand der Brücken im Zuge der Überprüfung der Kreisstraßen fertiggestellt werden. Die erforderlichen Investitionen werden wir eng mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abstimmen, um beispielsweise die gemeindlich geplanten Investitionen in Kreuzungsbereiche und Nebenanlagen optimal aufeinander abzustimmen. Der Abbau des Instandhaltungsrückstaus an Brücken und Stützmauern ist perspektivisch in den Kreishaushalt einzuarbeiten.

Wir setzen uns vorrangig für den Ausbau von Ortsdurchfahrten bei gleichzeitiger Sanierung der Kanal- und Leitungsbauwerke ein. Dabei sind Verkehrsberuhigungsmaßnahmen an den Ortseingängen in die Planungen mit aufzunehmen.

Die umweltverträgliche Entlastung von Ortsdurchfahrten durch Ortsumgehungen findet zum Schutz von Anwohnerinnen und Anwohnern weiterhin unsere Unterstützung.

Die SPD steht für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Große Teile des Landkreises sind bereits durch umfassende Maßnahmen an ein leistungsfähiges Verkehrsnetz angebunden. Hierdurch wurden Gebiete für Unternehmen erschlossen und auch als Wohnort attraktiv. Dennoch sind nicht alle notwendigen Baumaßnahmen im Landkreis Northeim begonnen oder abgeschlossen.

Die SPD erwartet, dass der Bund endlich den sich seit Jahrzehnten hinziehenden Ausbau der B241 einschließlich der Ortsumgehung der Stadt Uslar zum Abschluss bringt. Seit mehr als 30 Jahren geht es darum, Uslar und seine angrenzenden Dörfer vom Durchgangsverkehr zu entlasten und die existenzielle Anbindung an andere Bereiche des Landkreises sowie die A7 zu optimieren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten meinen es ernst mit der Überwindung der Strukturschwäche unserer Region, u.a. durch das Südniedersachsen-Programm.

Deshalb ist auch eine gute Anbindung an die Oberzentren wichtig für die Menschen in unserem Landkreis.

Der Ausbau der Autobahn A7 geht voran. Darüber hinaus ist der Ausbau der B3 im Kreisgebiet als Ziel weiter zu verfolgen.

Der weitere Breitbandausbau zur Digitalisierung ist zügig fortzusetzen. Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen und der Schulen ist ebenso voranzutreiben wie der diesbezügliche Anschluss von Gewerbe- und Industriegebieten. Unser Ziel ist es, dass Glasfaserkabel künftig bis in Gebäude verlegt werden. Dazu setzen wir uns für die Nutzung aller bereitstehenden Fördermittelprogramme ein und unterstützen auch die Maßnahmen kleinerer Anbieter.

Dieses gilt für uns gleichermaßen für den Ausbau der neuen Mobilfunk-Generation mit dem 5G-Netz. Wir wollen die Planung positiv begleiten, so sollten bei Bedarf auch Grundstücke des Landkreises genutzt werden können. Es darf künftig keine Funklöcher mehr im Mobilfunknetz des Landkreises Northeim geben!

Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises ist es, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus umwelt- und sozialverträglich auszurichten.

Bereits begonnene Energiesparkonzepte für öffentliche Gebäude, aber auch notwendige neue Aktivitäten, wie z.B. die Nutzung nachhaltiger Baumaterialien und/oder Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen der öffentlichen Gebäude, werden von uns mit Nachdruck weiter realisiert. Durch diese Maßnahmen werden auch in erheblichem Umfang Investitionen zugunsten des heimischen Handwerks ausgelöst, was wiederum gleichzeitig Arbeitsplätze in unserem Landkreis sichert.

Der Landschafts- und Naturschutz wird von uns in einem sehr sensiblen Abwägungsprozess zwischen dem Erhalt unserer südniedersächsischen Natur- und Kulturlandschaft und den berechtigten Interessen der Land- und Forstwirte sowie der Erholungssuchenden garantiert werden. Die Unterschützstellung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten ist momentan abgeschlossen.

Die Pflege und den Erhalt von Naturdenkmälern und schützenswerter Biotop werden wir weiter mit den Umweltverbänden begleiten und vorantreiben.

Die Bereitschaft unserer Bürgerinnen und Bürger, sich aktiv an Maßnahmen des Naturschutzes durch Baumpatenschaften und Pflegeschnittaktionen zu beteiligen, ist ungebrochen. Dieses wichtige ehrenamtliche Engagement werden wir auch in Zukunft nachdrücklich fördern und unterstützen.

Die ehrenamtliche Arbeit der Naturschutzbeauftragten unseres Landkreises ist auch zukünftig unverzichtbar und wird von uns weiter gefördert.

Erneuerbare Energien haben eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und die Erzeugung nachhaltiger Energie könnte schnell umgesetzt werden. Daher ist der beschleunigte Ausbau regenerativer Energien weiterhin erforderlich.

Wir haben den Städten und Gemeinden hinsichtlich der Nutzung von regenerativen Energien und der Ausweisung von entsprechenden Flächen für Sonnen- oder Windkraftanlagen im Rahmen der Novellierung des Regionalen Raumordnungsprogramms in ihren Flächennutzungsplänen Entscheidungshilfen gegeben. Kleinere Kommunen sind aufgrund ihrer Größe überhaupt nicht in der Lage gewesen, Vorrangflächen auszuweisen und wären somit zwangsläufig mit einer „Verspagelung“ konfrontiert gewesen. Erst die Planung über den Landkreis im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms verhindert eine derart ungeordnete Entwicklung. Sie ermöglicht die Planung über Gemeindegrenzen hinweg und somit eine akzeptable Lösung für alle Menschen im Landkreis zu finden.

Um die im Meer erzeugte Windenergie von der Küste auch zu ihren Abnehmern zu bringen, bedarf es neuer Stromleitungen. Die vom Bund vollständig vorgegebene Erdverkabelung des „SuedLink“ halten wir für eine richtige Entscheidung.

Den Dialog mit der Landwirtschaft, den Umweltverbänden und den regionalen Verbraucherschutzverbänden werden wir fortsetzen und ihre Interessen in unserem Handeln berücksichtigen.

## Zurück zur Gliederung

### **Gleichstellung**

Das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern erhält weiterhin unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wir stehen als SPD im Landkreis Northeim mit einer Landrätin, einer stellvertretenden Landrätin, einer Kreistagsvorsitzenden, einer Bürgermeisterin und einer Landtagsabgeordneten für die gleichberechtigte Einbindung von Frauen und Männern in alle politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Die Kreistagsfraktion hat für die Gleichstellung eine wichtige Signal- und Vorbildfunktion und diese soll durch eine paritätisch ausgewogene Besetzung der Ausschüsse ausdrücklich unterstützt und verstärkt werden.

Frauenförderpläne regeln die tatsächliche Umsetzung des Grundgesetzgebots der Gleichstellung von Frauen und Männern und wirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Ein weiterer wichtiger Baustein in der Umsetzung ist für Frauen das Erreichen von gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit. Dabei ist unter anderem die Tätigkeit der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft im Landkreis Northeim wichtig. Wir setzen uns ausdrücklich für die Fortfüh-

rung der Arbeit dieses Bindegliedes zwischen Wirtschaft und Frauen ein. Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Northeim werden wir weiterhin aktiv unterstützen. Sie hat für uns eine wichtige Funktion in Bezug auf die Kooperation mit den Gleichstellungsbeauftragten der Städte und Gemeinden.

Ein wichtiger Meilenstein ist die Auszeichnung mit dem Zertifikat audit berufundfamilie. Der Landkreis Northeim wurde abermals als familienfreundlicher Arbeitgeber ausgezeichnet. Dieses Niveau soll nicht nur gehalten werden, sondern auch weiterentwickelt werden.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiger Wettbewerbs- und Standortvorteil, den wir weiter ausbauen wollen. Wir haben deshalb in diesem Wahlprogramm festgelegt, dass wir für den Ausbau der Kindertagesstätten zur Ganztagsbetreuung stehen, das gilt auch für Betriebskindergärten. Nur so sind Familie und Beruf auch dort vereinbar, wo Kinder allein erzogen werden oder beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen. Das führt zu mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auch und besonders für Frauen. Mit einem Angebot von effektiven Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird weiterhin zur Stärkung des familienfreundlichen Klimas und damit der Attraktivität des Landkreises als einen starken Wirtschaftsstandort beigetragen.

### Zurück zur Gliederung

#### **Familien und Senioren**

Die meisten Landkreise in Südniedersachsen gelten von der Altersstruktur her als „überaltert“, so auch der Landkreis Northeim. Junge Leute zieht es angeblich von hier weg in die Städte, was den negativen Trend verstärkt. Tatsächlich ist aber gerade in den letzten Jahren eine Rückbesinnung eingetreten. Gesunde Luft, eine schöne Landschaft, schnelle Erreichbarkeit von Oberzentren und deutlich günstigerer Wohnraum hat kleine Städte und Dörfer wieder attraktiv gemacht. Der hoffentlich schnelle Ausbau der Digitalisierung und des Homeoffice durch Corona werden diesen Trend verstärken. ‚Oma und Opa um die Ecke‘ ist für beide Seiten ein Gewinn und häufig auch eine Erleichterung bei der Kinderbetreuung.

Schon jetzt müssen auch in unserem Landkreis neue Bebauungsgebiete ausgewiesen werden. Diese Entwicklung sollte in unserem Landkreis möglichst gemeinsam und zwischen den Kommunen abgestimmt, vorangetrieben werden. Unsere Ansiedlungspolitik soll ausgerichtet sein auf eine behutsame Ausweisung neuer Flächen und der Schaffung neuer attraktiver Wohnformen. Die Attraktivitätssteigerung für junge Familie, unterstützt durch interkommunale Zusammenarbeit ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam anpacken wollen.

Ein wichtiger Baustein in der Familienpolitik sind die Angebote der Familien- und Erziehungsberatung. Hier wird sowohl präventiv als auch in akuten Konfliktsituationen gute Arbeit geleistet. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir diese Angebote weiter fördern und ausbauen müssen. Dieses gilt vor allem für den weiteren Auf- und Ausbau von Familienzentren als Ort der Begegnung und Beratung in unserem Landkreis.

Auch Seniorinnen und Senioren gehören heutzutage schon lange nicht mehr zum „alten Eisen“. Sie sind beim Eintritt ins Renten- oder Pensionsalter meistens noch fit, voller Elan und



Unternehmungslust. Gerade im ehrenamtlichen Bereich sind sie vielfach eine unverzichtbare Stütze.

Die seniorenpolitischen Leitlinien des Landkreises wollen wir in diesem Sinne gemeinsam mit den Interessengruppen von Seniorinnen und Senioren zielstrebig weiterentwickeln.

Die Einrichtung eines Seniorenrates wollen wir in diesem Sinne ebenfalls prüfen.

[Zurück zur Gliederung](#)

## **Sicherung der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Landkreis**

### **Gesundheit**

Die medizinische Versorgung gehört für uns zum Kernelement der staatlichen Daseinsvorsorge. Schon heute müssen wir feststellen, dass die Wiederbesetzung von frei gewordenen Kassenarztsitzen, insbesondere bei Hausärzten, immer schwieriger wird. Dafür gibt es viele Gründe, die weitgehend nur der Bundesgesetzgeber lösen kann. Der Landkreis hat in eigener Zuständigkeit die Krankenhausversorgung und den Rettungsdienst sicherzustellen. Im Landkreis Northeim ist die Versorgung mit drei Krankenhäusern und drei Reha-Kliniken noch überdurchschnittlich gut. Durch bundesgesetzliche Vorgaben findet aufgrund immer höherer Qualitätsanforderungen aktuell eine weitere Spezialisierung von Krankenhäusern statt.

Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die sogenannte Grund- und Regelversorgung in unserem Landkreis durch unsere Krankenhäuser erhalten bleibt. Dabei kann auch eine Spezialisierung an einzelnen Standorten hilfreich sein. Als Minderheitsgesellschafter an den Standorten Northeim und Bad Gandersheim hat der Landkreis direkten Einfluss auf die zukünftige Entwicklung. Diesen Einfluss wollen wir auch zukünftig nutzen.

Im ambulanten ärztlichen Bereich liegt die Verantwortung für die Versorgung mit Hausärzten und Fachärzten ausschließlich bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Ungeachtet dessen muss es unser gemeinsames Ziel sein, eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Betreuung zu erreichen. Dazu gilt es, die starren Grenzen von stationärer und ambulanter Versorgung zumindest modellhaft aufzubrechen. Diese Möglichkeiten wollen wir nutzen, wobei die gemeinsame und von den Krankenkassen geförderte Gesundheitsregion Südniedersachsen ein wichtiger Ausgangspunkt sein kann. Dieses gilt gleichermaßen für die Möglichkeit, auch selbständig kommunale, medizinische Versorgungszentren aufzubauen.

### **Geburtshilfe**

Auch die Stärkung der Geburtshilfe im Landkreis ist uns ein Anliegen. Derzeit sind zu wenig Hebammen, Familienhebammen und Geburtshelfer in unserem Landkreis tätig. Daher haben wir ein Förderprogramm zur Unterstützung der Existenzgründung im Bereich der Geburtshilfe angestoßen, das bereits erste Erfolge zeigt. Das Förderprogramm muss regelmäßig evaluiert und gemeinsam mit den in der Geburtshilfe Tätigen weiterentwickelt werden. Um junge Familien in der ersten Zeit nach der Geburt zu unterstützen, bemühen wir uns auch um den Aufbau eines Netzes von Familienhebammen in unserem Landkreis.

### **Rettungsdienst**

Der Rettungsdienst in unserem Landkreis ist hervorragend aufgestellt, was nicht zuletzt an der flächendeckenden Versorgung mit den Rettungswachen in Northeim, Einbeck, Nörten-Hardenberg und Bad Gandersheim sowie den Notarztsitzen in Northeim, Einbeck, Uslar und Bad Gandersheim liegt. Diese Strukturen wollen wir, gerade bei den topografischen Gegebenheiten unseres Landkreises, aufrechterhalten. Durch die Rekommunalisierung, d.h. Einstel-

lung eigener Notärzte direkt beim Landkreis, sind wir nicht mehr in der Abhängigkeit der Zurverfügungstellung von entsprechenden Rettungsmedizinern aus den Krankenhäusern bzw. einer teuren Notarztbörse. Daran werden wir festhalten, eine erneute Privatisierung wird mit uns nicht mehr möglich sein.

Dabei sind wir gerade im Bereich des Rettungsdienstes an einem weiteren Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarlandkreisen interessiert. Die Gewinnsituation für beide Seiten zeigt sich an der bereits begonnen kreisübergreifenden Kooperation mit dem Landkreis Goslar. Der Einsatz der im Aufbau befindlichen „Ersthelfer-App“ wird eine zusätzliche schnelle Unterstützung für Hilfesuchende ermöglichen.

### **Öffentlicher Gesundheitsdienst**

Durch Corona ist vielen Menschen erst wieder bewusst geworden, dass es in Deutschland auch noch einen öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) gibt, und zwar in der eigenen Zuständigkeit der Landkreise. Die Gesundheitsämter sind zum Dreh- und Angelpunkt der örtlichen Pandemiebekämpfung geworden und dabei sind schnell die Schwachstellen des seit Jahren kaum noch beachteten Dienstes deutlich geworden. Trotz Mangelverwaltung und viel zu wenig Personal wurde und wird hier Großartiges geleistet. Bund und Länder haben im September 2020 einen fünfjährigen Stufenplan beschlossen, um den ÖGD zukunftsfest zu machen.

Auch für unser Gesundheitsamt wollen wir ein entsprechendes Konzept für die Zukunft erstellen. Dazu gehört die zukünftige Aufgabenstellung, einschließlich der Gesundheitsziele unseres Landkreises, wie auch der sich daraus ergebende Personal- und Raumbedarf.

Außerdem sollen die Kinder- und Jugendärzte unseres ÖGD schnellstmöglich die freiwilligen und erfolgreichen Kindervorsorgeuntersuchungen in den Kindergärten wieder aufnehmen. Die Ergebnisse ermöglichen nicht nur die frühzeitige Einleitung schneller Hilfen für das Kind, wenn Fehlentwicklungen festgestellt werden, sondern sie sind auch die Grundlage für die jährliche Vorlage eines eigenen Kindergesundheitsberichts. Dafür beneiden uns viele andere Landkreise und wenn es nach Corona möglich ist, möchten wir auch noch eine zweite Vorsorgeuntersuchung während der Kita-Zeit ermöglichen.

Mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden hat die Kreisverwaltung auch in dieser Phase in einem engen Austausch gestanden. Wir werden die Erfahrungen aus der Pandemie für die Erarbeitung eines kreisweiten Pandemieplans nutzen.

### **Beratungsangebote, Selbsthilfe, Sucht und Psychiatrie**

Im Landkreis Northeim gibt es diverse beratende, therapeutische und präventive Angebote im Gesundheitsbereich, einschließlich der Suchthilfe. Die Zusammenarbeit mit diesen Einrichtungen hat für uns weiterhin eine hohe Bedeutung.

Die Lukas-Werk Gesundheitsdienste gGmbH leistet im Auftrag des Landkreises Northeim eine gute und im Landkreis anerkannte Präventionsarbeit mit dem Projekt „Hart am Limit“ (HaLt-Projekt). Das werden wir auch weiterhin unterstützen.

Probleme bereitet inzwischen das nicht ausreichend vorhandene Angebot für die Substitution heroinabhängiger Menschen in unserem Landkreis. Ein flächendeckendes Substitutionsangebot ist nicht vorhanden.

Dieser Zustand muss verändert werden. Idealerweise gelingt es, eine Substitutionsambulanz im Zusammenhang mit einem Gemeindepsychiatriezentrum einzurichten. Gerade im Bereich der gemeindenahen Psychiatrie fehlen in unserem Landkreis tagesstrukturierende Maßnahmen. Ein erster Schritt zu einer besseren Versorgung soll die Erstellung eines kommunalen Psychiatrieplanes sein.

### **Pflege**

Die Altersstruktur der Bevölkerung im Landkreis Northeim sowie der verständliche Wunsch, Selbstständigkeit und Mobilität im Alter zu erhalten, erfordern aus unserer Sicht Maßnahmen, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen des von uns angestoßenen und regelmäßig fortzuschreibenden kommunalen Pflegerahmenplans streben wir in der Pflege ein bedarfsgerechtes Angebot von ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege an. In diesem Zusammenhang setzen wir uns auch für eine verstärkte Schaffung von Plätzen für betreutes Wohnen, Einrichtungen alternativer Wohnformen, den weiteren Ausbau der Tagespflege und die Unterstützung freiwilliger Hilfsangebote, z.B. Mitfahrdienste, Einkaufsbegleitung und familienentlastender Dienste ein. Auch der Einsatz von Dorfassistent/innen über das Förderprogramm des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums soll in dem Zusammenhang geprüft werden.

Die Verbesserung bzw. Neujustierung der pflegerischen Infrastruktur soll in regelmäßigen sozialraumorientierten Pflegekonferenzen begleitet werden.

Eine nicht unerhebliche Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landkreises wird ambulant versorgt. Um deren weitere Versorgung auch zukünftig zu sichern, sind wir auf Netzwerke angewiesen. Eine Vernetzung aller mit ambulanter und stationärer Pflege befasster Organisationen und Institutionen ist unerlässlich. Hierfür haben wir bereits in der zu Ende gehenden Wahlperiode die Einrichtung einer Netzwerkstelle für niederschwellige Angebote (§ 45 c im SGB XI) zur Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamtes in der Pflege angeregt.

### **Wohlfahrtsverbände**

Wohlfahrtsverbände sichern das Subsidiaritätsprinzip unseres Landes und sind schon deshalb ein wesentlicher Bestandteil unseres Sozialstaates, Sie bringen die Interessen von benachteiligten Personen und Personengruppen in den gesellschaftlichen und politischen Dialog ein, um so deren Lebenslagen zu verbessern. Vielfach wird ihre Arbeit vom ehrenamtlichen Einsatz getragen. Im Landkreis Northeim nehmen sie ihre Aufgaben sowohl in ihrer Kreisarbeitsgemeinschaft als auch als einzelne Verbände wahr. Sie sind für uns unverzichtbarer Partner im Kampf um soziale Gerechtigkeit. Daher ist es für uns selbstverständlich, ihre Arbeit auch zukünftig ideell und finanziell zu unterstützen.

## **Migration**

Wir stehen weiterhin für eine Willkommenskultur für die von Bund und Land dem Landkreis zugewiesenen geflüchteten Menschen. Wir wollen ein verlässliches Ankommen gewährleisten, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung gestellt werden. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Bereitstellung von eigenen finanziellen Ressourcen zur Verbesserung der Kompetenzen in der deutschen Sprache. Wir haben in der ablaufenden Wahlperiode beantragt, dass ein Konzept zur Verbesserung der Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten erarbeitet wird. Das Erlernen der deutschen Sprache ist zwingend für eine gelingende Integration. Nur durch eine umfassende sprachliche Förderung können geeignete Zugewanderte in den hiesigen Arbeitsmarkt eingegliedert werden und dort ggf. den Fachkräftemangel abfedern.

Insofern soll die vom Kreistag in den vergangenen Jahren in verschiedenen Schritten beschlossene Förderung von Sprachfördermaßnahmen fortgesetzt und bei Bedarf ausgeweitet werden.

## **Wohnraum für Alle**

Wichtige Arbeit leisten die sogenannten Tagestreffs freier Träger bei der Unterstützung von Obdachlosen und nicht sesshaften Menschen in unserem Landkreis. Dabei geht es neben der Sozialberatung und der Hilfe bei der Schuldenregulierung auch um die Versorgung der Besucherinnen und Besucher mit regelmäßigen Mahlzeiten. Diese Einrichtungen und auch alle Träger, die im Bereich der Sozialberatung tätig sind, können sich unserer weiteren Unterstützung sicher sein.

In der Region Südniedersachsen besteht nach unserer Ansicht insgesamt noch ein Überangebot an Wohnraum, wobei es große Unterschiede zwischen den Kernzentren und den Dörfern gibt. Es drohen entvölkerte Ortskerne. Andererseits bestehen Bedarfe, denen durch Anpassung der Bauleitplanung Rechnung getragen werden kann. Wir möchten gemeinsam mit allen gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen überlegen, mit welchen Konzepten wir dieser Entwicklung entgegentreten können. Dabei wollen wir unter anderem über Instrumente wie Förderprogrammen des Bundes und des Landes zur Sanierung alter Bausubstanz, Leerstandsbekämpfung durch die Förderung der Übernahme alter Gebäude oder die Förderung der Umnutzung ehemaliger Wirtschaftsgebäude als neue Wohnräume in die Gespräche und den Austausch mit den Kommunen kommen.

Wir wollen eigenständige gemeinsame Wohnformen behinderter und nicht-behinderter Menschen stärken. Hierzu gehört auch die Förderung gemeinschaftsorientierter bezahlbarer Wohnprojekte.

Darüber hinaus muss Wohnraum auch bezahlbar sein. Für Menschen mit dem sogenannten kleinen Geldbeutel sind die Mietpreise oft nicht mehr erschwinglich. Hier sind insbesondere die ansässigen Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert, für Abhilfe zu sorgen. Darauf werden wir drängen, zumal umfangreiche Förderprogramme zur Verfügung stehen. Der Landkreis Northeim hat mit dem Anteil an der Northeimer Wohnungsbaugesellschaft eine unmittelbare

Gestaltungsmöglichkeit. Das gleiche Engagement erwarten wir auch von den anderen ansässigen Wohnungsbaugesellschaften im Kreisgebiet.

### **Menschen mit Behinderungen**

Jeder Mensch ist einzigartig und hat ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Das ist die Vorgabe der UN-Behindertenrechtskonvention und damit ein weltweit geltendes Menschenrecht. Unser Ziel ist es daher, an einem inklusiven Gemeinwesen im Landkreis Northeim weiterzuarbeiten. Alle strukturellen und inhaltlichen Maßnahmen müssen unter dem Gesichtspunkt der Inklusion überprüft und realisiert werden. Das fängt schon bei barrierefreien Wahllokalen an und setzt sich bei allen anderen vom Kreis genutzten Gebäuden oder auch dem ÖPNV fort. Gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung beim Landkreis Northeim und den Beiräten und Beauftragten in den Städten und Gemeinden werden wir an der fortwährenden Umsetzung arbeiten. Dazu gehört auch die regelmäßige Fortschreibung der Maßnahmen im Aktions- und Stufenplan für Inklusion sowie das flächendeckende Angebot über Informationen in der sogenannten „Leichten Sprache“.

Menschen mit Behinderungen sind nicht repräsentativ in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse eingebunden. Wir wollen das im Landkreis Northeim ändern und sie bei der Umsetzung entscheidend einbeziehen.

Das ethische Leitprinzip „Nichts über uns ohne uns – aber Vieles mit uns“ bestimmt im Umgang mit Menschen mit Behinderungen unser Handeln.

Bewusstseinsbildung ist ein hohes Ziel der UN-Behindertenrechtskonvention. Die politische Bewusstseinsbildung für Belange von behinderten Menschen und Inklusion muss ausgebaut und gestärkt werden. Dies gilt sowohl in personeller Hinsicht als auch für die technischen und räumlichen Möglichkeiten.

Wir wollen gewährleisten, dass Gesundheitseinrichtungen in unserem Zuständigkeitsbereich, wie z. B. Impfzentren oder das Gesundheitsamt barrierefrei gestaltet sind. Hierzu gehört auch der Einsatz mobiler Teams für mobilitätseingeschränkte Personen und Publikationen in Leichter Sprache.

### **Schutz für Frauen**

Wir fordern die Einrichtung von weiteren Gewaltschutzplätzen in Südniedersachsen in Frauenhäusern. Unser Landkreis gehört zu den letzten ohne eine entsprechende Einrichtung. Aufgrund der landesweiten Entwicklung von angezeigter häuslicher Gewalt gegen Frauen und deren Kinder halten wir daher die Einrichtung eines Frauenhauses für dringend notwendig. Fachleute einschließlich der Strafverfolgungsbehörden gehen davon aus, dass die Dunkelziffer der von Gewalt betroffenen Frauen sehr hoch ist, weil sie sich aus Angst oder Scham oft nicht melden. Die Bereitschaft, sich in schützende Obhut zu begeben und ggf. auch eine Strafanzeige zu stellen, kann nur durch ein breites Netz entsprechender Gewaltschutzplätze gefördert werden.

[Zurück zur Gliederung](#)

## **Wirtschaft und Tourismus stärken unsere Region**

Ein wichtiger Impulsgeber für unsere Wirtschaft und den Tourismus ist die Zusammenarbeit in unserer Region Südniedersachsen. Gemeinsam mit unserer Wirtschaftsförderung haben wir das Ziel, die wirtschaftliche sowie die verkehrs- und umweltpolitische Zusammenarbeit zu vertiefen, um die Region weiter zu stärken. Dazu gehört auch die weitere Verbesserung des Angebotes eines zukunftsfähigen und klimafreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs über Landkreisgrenzen hinweg.

Ein wichtiger Impulsgeber für unsere Wirtschaft ist die **Region Südniedersachsen**. Gemeinsam mit unserer Wirtschaftsförderung haben wir das Ziel, die verkehrspolitische, umweltpolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Region zu stärken. Insbesondere gehören dazu die großen Infrastrukturprojekte wie der Ausbau der A7 und weiterer wichtiger überregionaler Anschlüsse. Ausführungen zu den einzelnen Projekten sind im Kapitel „Für eine umweltverträgliche und zukunftsweisende Struktur im Landkreis“ zu finden.

Eine gute Verkehrsinfrastruktur sichert Arbeitsplätze und ermöglicht ansiedlungswilligen Firmen einen guten Start. Dennoch ist ein weiterer Wirtschaftsfaktor die Verfügbarkeit von ausreichend qualifiziertem Personal. Daher begrüßen wir die Bemühungen des Fachkräftebündnisses in Südniedersachsen und wollen durch geeignete Maßnahmen auch in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule für eine gute Unterstützung bei der Qualifizierung von fachlich geeigneten Arbeitskräften sorgen. Aus diesem Grund wollen wir auch die Berufsbildenden Schulen weiterhin auf hohem Stand ausstatten und unterstützen auch die Bemühungen, geeignete Fachhochschulausbildungen in Kooperation mit den Fachhochschulen in Göttingen, auch in unserem Landkreis anzubieten.

Diese und weitere Projekte sichern die Wirtschaftskraft und damit die Attraktivität unserer lebens- und liebenswerten Region.

Das gilt auch für den Tourismus. In unserer schönen Region zwischen Harz und Solling können wir den Trend zu mehr Urlaub im eigenen Land nutzen und die Übernachtungszahlen für die Zeit nach der Corona-Pandemie ggf. steigern. Der Erhalt und auch die weitere Vernetzung der Radwege mit den benachbarten Landkreisen stärkt die touristische Attraktivität. Erforderlich sind z.B. der Ausbau der Beschilderung der Radwege und der Ladeinfrastruktur für E-Bikes. Mit einem Radwegeförderprogramm zum Neubau und zur Instandsetzung könnten anteilmäßig auch entsprechende Maßnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit gefördert werden.

Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern, sind Innovationen in allen Gesellschaftsbereichen unverzichtbar. Aus dem regionalen Entwicklungskonzept für die Region Südniedersachsen wollen wir mit guten Projekten die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Landkreis unterstützen.

Für eine nachhaltige Wirtschaft haben wir mit dem Universitätsstandort Göttingen, den Kammern, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden kompetente Partner. Wir treiben die Ko-

ordination von regionalen Projekten voran, entwickeln moderne Ausbildungskonzepte im Verbund mit Schulen und fördern die Erweiterung und Gründung von Unternehmen. Ziel ist es, „kluge Köpfe“ vor Ort zu binden.

Die Unternehmen in unserem Landkreis sollen die vielfältigen Förderprogramme der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Niedersachsen erfolgreich nutzen. Wir unterstützen sie bei Anträgen. Unser gemeinsames Ziel ist es, Arbeitsplätze mit gerechter Entlohnung und Sozialstandards zu sichern und neue zu schaffen.

Immer wichtiger wird eine schnelle und kostengünstige Datenverbindung. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, den Breitbandausbau voranzutreiben, egal wie klein das Dorf ist. Hier darf niemand abgehängt werden. Breitband ist Daseinsfürsorge. Der Standard der Breitbandversorgung im Kreisgebiet muss durch den direkten Anschluss der Gebäude mit Glasfaser (FTTB – Fiber to the building) schnellstens auf die nächste Stufe angehoben werden.

### Zurück zur Gliederung

#### **Der Personennahverkehr muss sich wandelnden Gegebenheiten anpassen**

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat in unserem ländlich geprägtem Flächenlandkreis eine wichtige Funktion. Die SPD ist deshalb bereit, für einen ÖPNV, der sich an stets wandelnde Gegebenheiten anpassen muss, die notwendigen finanziellen Mittel dauerhaft bereitzustellen.

Unser Ziel ist außerdem die Fortsetzung der gemeinsamen Nahverkehrsplanung in Südniedersachsen.

Schwerpunkte unserer Mobilitätspolitik sind die Förderung von Konzepten der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund mit den anderen Landkreisen Südniedersachsens und der Stadt Göttingen, die Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer, die Verlagerung von Güterfernverkehr auf umweltfreundliche Transportmittel und der optimale Übergang vom Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr.

Die durch die SPD-geführte Landesregierung realisierte Reaktivierung der Bahnverbindung zwischen Einbeck und Salzderhelden ist ein bedeutsamer Erfolg für unseren Landkreis und ein wichtiger Impuls zur Stärkung der Infrastruktur in unserer Region. Wir erwarten, dass der schienengebundene Personennahverkehr in Einbeck bis zum Haltepunkt am PS-Speicher durchgebunden wird.

Wir stehen für den Erhalt der Ost-West-Schienenverbindungen durch den Landkreis, sprechen uns aber gegen Überlegungen aus, die Sollingbahn und die Südharzbahn zu einer Güterfernverkehrsstrecke zwischen dem Ruhrgebiet und Osteuropa zu machen.

Wir stehen auch für die bessere und vor allen Dingen barrierefreie Ausstattung unserer Bahnhöfe sowie für eine gute Anbindung an das Fernverkehrsnetz der Bahn AG. Ertüchtigungen von Bahnstrecken sind nach wie vor unser Ziel, Bahnübergänge sind an den aktuellen Stand der Technik anzupassen.

Wir werden uns für die folgenden konkreten Maßnahmen einsetzen:



1. Abschluss des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen für den ÖPNV im gesamten Gebiet des Zweckverbandes Verkehrsverbund Südniedersachsen bis zum Ende der nächsten Wahlperiode 2021/2026.
2. 100%ige Barrierefreiheit in allen Fahrzeugen, insbesondere aber auch:
  - a. Zeitgemäße Leitsysteme in allen Bussen und Bahnen. Auch die Kontraste beziehungsweise Farben in den Bussen sollen den aktuellen Empfehlungen entsprechen.
  - b. Ausreichende Flächen in allen Bussen zur sicheren Aufnahme von Rollatoren, E-Scooter, Kinderwagen und ähnlich sperrigen Hilfsmitteln.
  - c. Im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen geschultes Fahrpersonal.
  - d. Den bisherigen Standard barrierefreier Mobilität werden wir künftig im Dialog mit Behindertenbeiräten und Verbänden vervollständigen.
3. Etablierung alternativer umweltschonender Antriebsformen.
4. Etablierung alternativer Bedienformen mind. im ländlichen Raum wie Bedarfsangebote und Tür-zu-Tür-Angebote unter Einbezug der Erkenntnisse aus dem Eco-Bus-Projekt.
5. Bereitstellung einer Smartphone-App, die u. a. in Echtzeit über die nächsten Fahrmöglichkeiten und dynamische Fahrgastinformationen bzw. Verspätungen verfügt.
6. Die Einrichtung weiterer Schienen-Haltepunkte am Schienenweg der DB und der Ilmebahn, wo sie eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV darstellen. Dies kann beispielsweise in Naensen und in Moringen sowie an der Sachsenbreite in Einbeck der Fall sein. Erforderlich für diese Schritte ist jedoch eine Finanzierungszusage des Aufgabenträgers für den Schienenpersonennahverkehr, der Landesnahverkehrsgesellschaft. Unsere Vision ist ein gut getaktetes Bus- und Bahnsystem in Südniedersachsen.
7. Die Förderung sogenannter Car- und Bike-Sharing-Projekte im Kreisgebiet.

### Zurück zur Gliederung

#### **Für starke Feuerwehren und Hilfsorganisationen**

Unsere Feuerwehren und Hilfsorganisationen sind eine wichtige Säule in unserer Gesellschaft. Sie unterstützen die Menschen nicht nur in prekären Situationen, sondern sind häufig eine nicht wegzudenkende Größe im Ehrenamt in den Orten und Städten unseres Landkreises.

Zu den sich stark verändernden Anforderungen in den letzten Jahren zählen z.B. plötzlich auftretende Hochwasser mit gravierenden Auswirkungen aufgrund der vorherrschenden Trockenheit des Bodens und die zunehmende Verkehrsdichte auf unseren Straßen. Aber auch die zahlreichen Brände durch Brandstiftung in der jüngeren Vergangenheit sowie die pandemische Lage infolge der Corona-Situation haben die Feuerwehren, die Kreisfeuerwehr sowie die Hilfsorganisationen im Landkreis Northeim in Atem gehalten und immens gefordert. Es sind gerade die Frauen und Männer in den Feuerwehren, die ihren Dienst zum Schutz unserer Bevölkerung, häufig auch unter Einsatz ihrer Gesundheit oder gar ihres Lebens, leisten. Wir wissen dieses Engagement zu schätzen und werden daher auch in Zukunft alles uns zur Verfügung Stehende tun, um die Leistungsfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der Kreisfeuerwehr zu erhalten und gemeinsam mit den Verantwortlichen weiterzuentwickeln. Darunter verstehen

wir auch künftig das stärkere Unterstützen, Zurückgreifen und Einbeziehen der im Landkreis ansässigen Hilfsorganisationen bei Lageübungen und im Bedarfsfall. Auch möchten wir mehr Frauen und mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen begeistern und gewinnen.

Bei den Kinder- und Jugendfeuerwehren ist eine Trendwende schon jetzt spürbar, der Anteil der Mädchen ist hier bereits höher als derjenige der Jungen. Daraus ergibt sich dann auch zwangsläufig die Forderung, diese Vielfalt auch in Leitungs- und Führungspositionen abzubilden und einzusetzen. Maßnahmen wie verstärkte Brandschutzerziehung und die Förderung der Ferienfreizeiten der Jugendfeuerwehr sind für uns unerlässlich.

Die Arbeit der Leitstelle der Kreisfeuerwehr verdient Anerkennung. Den erforderlichen Investitionen hierfür stehen wir jederzeit aufgeschlossen gegenüber.

Wir stehen für den Erhalt aller Standorte der Feuerwehrtechnischen Zentralen im Landkreis Northeim. Dabei ist es wichtig, diese Standorte auf dem jeweils aktuellen Stand der Technik zu halten und ggf. eine gute Arbeits- und Aufgabenteilung zu organisieren. Insbesondere die Beschaffung wichtiger Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge führt zwangsläufig immer wieder zu Diskussionsbedarf innerhalb der Feuerwehrorganisationen. Die großen Investitionen der Vergangenheit in Ausstattung und Fahrzeuge wollen wir auch künftig fortsetzen. Daher möchten wir einen „Dialog Feuerwehr der Zukunft“ anstoßen. Ziel soll u.a. sein, ein abgestimmtes Konzept über die unterschiedlichen Aufgabenstellungen an unterschiedlichen Standorten zu erarbeiten und die Feuerwehren zukunftsfähig aufzustellen.

### Zurück zur Gliederung

#### **Die finanzielle Leistungsfähigkeit für unseren Landkreis erhalten**

Mit den Konsolidierungsmaßnahmen seit 2016 sind durch sparsame und konsequent sachorientierte Bewirtschaftung der Kreisfinanzen ausgeglichene Haushalte erreicht und ein weitgehender Abbau der Liquiditätskredite und alter Fehlbeträge in Höhe von mehr als 50 Mio. Euro gelungen. Eine Verbesserung der Einnahmesituation hat auch nach vielen Jahren finanzieller Engpässe die erste Senkung der Kreisumlage für Städte und Gemeinden ermöglicht. Dennoch wurden insbesondere die Aufwendungen und Investitionen für Bildung und Soziales in erheblichem Maße in unserem Landkreis, insbesondere bei den Schulen, fortgesetzt.

Die Notwendigkeit zu einer langfristig gesicherten Finanzierung aller Bereiche der Daseinsvorsorge wird auch künftig die Haushalts- und Finanzpolitik bestimmen. Der Bedarf an früher Unterstützung durch Förderung von Krippen- und Hortplätzen, ebenso wie die zeitgemäße Bereitstellung und Ausstattung von Schulräumen und auch die Möglichkeiten der Teilhabe aller Menschen im Landkreis an Bildung, Arbeit und sozialem Leben muss durch die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel gesichert werden. Auch die bereits an anderen Stellen immer wieder ins Auge gefasste Förderung der individuellen Mobilität und des öffentlichen Personennahverkehrs in unserer ländlichen Region ist nur durch gesunde Finanzen sicherzustellen.

Das Management aller öffentlichen Aufgaben erfordert gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte in der Kreisverwaltung. Gleichzeitig wird es am Arbeits- und Ausbildungsmarkt immer schwieriger, Personal zu gewinnen. Effizienzsteigerung und Personalentwicklung bleiben daher permanent Aufgabe einer an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und der Beschäftigten orientierten Verwaltung. Mit der fortschreitenden Digitalisierung wird sich die Kommunikation in den Büros, den Schulen und allen bürgerorientierten Bereichen weiterentwickeln. Insoweit sind auch technische Investitionen weiterhin notwendig.

Vor dem Hintergrund der guten Ergebnisse des „Homeoffice“ in der Pandemie, streben wir an, ca. 1% des Personalhaushaltes pro Jahr für die Unterstützung der Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört neben der Ausstattung der Arbeitsplätze auch eine konsequente Fortbildung der Mitarbeitenden. Gleichzeitig stehen wir zu unserer Verpflichtung, bürgernahe und dezentrale Dienstleistungen auch künftig auf hohem Niveau zu erbringen. Die Dienststellen des Landkreises werden erhalten und zukunftsfähig ausgebaut.

Finanzielle Folgen der aktuellen Pandemie sind zumindest mittelfristig zu berücksichtigen. Unter Betrachtung aller Notwendigkeiten ist zur Erhaltung einer dauerhaften finanziellen Leistungsfähigkeit in allen Bereichen weiterhin eine auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Haushaltspolitik erforderlich, die dennoch die Spielräume für sinnvolle Investitionen nutzt, damit unser Landkreis für alle Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv bleibt. Deshalb wollen wir auch die Möglichkeiten unserer Stiftungen ausschöpfen, die in der Kultur- und Denkmalförderung, bei Sport und Sozialem sowie in der Jugendarbeit jährlich mehrere hunderttausend Euro an Vereine und Organisationen ausschütten können.

Vernetzung und Kooperation auf bedeutsamen gemeinsamen Arbeitsfeldern wie der Verkehrs- und Umweltpolitik, der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik oder der Abfallwirtschaft sollen im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit in der Region weiterhin zum wirtschaftlichen Nutzen unseres Landkreises entwickelt werden. Eine gut aufgestellte Kreisverwaltung mit qualifiziertem Personal zu halten, ist daher eine ständige Aufgabe. Unser Ziel ist jedoch, den Status quo der Dienstleistungen des Landkreises in der Fläche bürgernah zu erhalten. Deshalb müssen wir auch als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst weiterhin attraktiv bleiben. Daher streben wir auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit der Personalvertretung der Kreisverwaltung an.

[Zurück zur Gliederung](#)

### **Gegen Extremismus. Für die Stärkung unserer Demokratie.**

Rechte Gesinnungen, Anfeindungen sowie rassistisch motivierte Anschläge nehmen auch in unserem Landkreis immer stärker zu. Rassismus ist kein Randphänomen, sondern auch in der gesellschaftlichen Mitte zu finden. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Diskriminierung jeglicher Art sowie Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen. Dazu können und müssen wir alle beitragen.

Der Landkreis Northeim leistet dabei gute Arbeit und sorgt mit seinem Engagement dafür, dass die Menschen in Vielfalt und im Zusammenhalt leben. Unterschiedliche Initiativen, Projekte, Vereinigungen und Bündnisse in unserem Landkreis treten für tolerante Strukturen ein, damit alle Menschen gleichberechtigt leben können. Dennoch wird der Bedarf größer, diese Strukturen weiterzuentwickeln und sie stärker miteinander zu vernetzen.

Wir wollen daher einen Aktionsplan gegen Extremismus und für mehr Demokratie entwickeln. Wir laden alle demokratischen Parteien, Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft im Landkreis ein, sich dieser Initiative anzuschließen und den Aktionsplan zu ergänzen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die Menschen vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen und unseren Landkreis noch weltoffener zu machen.

Punkte dieses Aktionsplanes sollen unter anderem sein:

- Stärkung der Antidiskriminierungsarbeit durch stärkere Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit für vorhandene Beratungs- und Unterstützungsorganisationen. Beteiligung an dem landesweiten Netzwerk zur Antidiskriminierung mit einer unabhängigen Stelle als niedrigschwellige Anlaufstelle für Opfer von Diskriminierung.
- Dauerhafte Sicherung des Projekts „Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Northeim“.
- Gemeinsam mit der Polizei und dem Staatsschutz kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger regelmäßig zu informieren, wie sie sich vor Hass im Netz, Pöbeleien oder anderen Angriffen auf ihre Person schützen können. Einen ständigen Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Polizei zu schaffen und zu fördern.
- Die Erinnerungskultur stärker zu fördern und dadurch noch mehr schulische, außerschulische und betriebliche Lernangebote gemeinsam mit der KZ-Gedenkstätte Moringen zu schaffen.
- Ein Monitoring der statistischen Fallzahlen zu Diskriminierungs- und Rassismus-Vorfällen sowie Opferzahlen von rechter Gewalt.
- Eine stärkere Förderung der politischen Bildung in Schulen, Betrieben Behörden und der Zivilgesellschaft in Kooperation mit Institutionen wie dem Landesdemokratiezentrum, der Landeszentrale für Politische Bildung und der Kreisvolkshochschule. Z. B. Argumentationstrainings, Antidiskriminierung, gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), gegen Verschwörungstheorien, gegen Hatespeech, usw.
- Interkulturelle Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch Angebote und Kurse der Kreisvolkshochschule zu interkultureller Kompetenz.
- Einen kommunalen Bildungstag zum Thema „Für eine vielfältige Gesellschaft und eine starke Demokratie“ an den Schulen und Kindertagesstätten im Landkreis Northeim einzuführen. Einen flächendeckenden Ausbau des Schulprojekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, indem der Landkreis als Schulträger seine Schulen dazu ermutigt und unterstützt. Eine jährliche Präsentation der Ergebnisse kann durch die Schulen in einer öffentlichen Veranstaltung im Landkreis Northeim erfolgen.

- Die Förderprogramme im Landkreis Northeim für Schulpatenschaften und Schüler\*inenaustausche sowie internationalen Begegnungen der berufsbildenden Schulen und von Auszubildenden zu stärken.
- Beratung, Coaching und Fortbildungen für Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der offenen Kinder- und Jugendarbeit und „Empowermentworkshops“ für Jugendliche und Jugendarbeiterinnen und -arbeiter.
- Sensibilisierung gegen Vorurteile, Diskriminierungen und menschenfeindliche Einstellungen und Aktivitäten durch Aufnahme in die Jugendhilfeplanung des Landkreises Northeim.
- Teilhabe am kulturellen Leben: Angebote kultureller Institutionen sollen so vielfältig gestaltet werden, dass sie für Menschen aus verschiedenen Kulturen ansprechend werden.
- Die interkulturelle Öffnung von Strukturen in der Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft muss weiter vorangetrieben werden. Die Zahl der Menschen mit Migrationsgeschichte in leitenden Positionen muss erhöht werden. Dieser Aspekt muss mehr sein als u. a. nur ein Zusatz in Stellenausschreibungen.
- Spezifische Förderungsmaßnahmen in verschiedenen Lebensbereichen (Sprachförderung, Bildung, Arbeit, soziales Engagement) für Frauen mit Migrationsgeschichte.

Denn wir stehen für

- einen Landkreis Northeim, in dem alle Menschen vor extremistischer und rechter Gewalt geschützt werden!
- einen Landkreis Northeim, der Ausgrenzung und Diskriminierung stoppt!
- einen Landkreis Northeim, der Vielfalt, Teilhabe und Weltoffenheit fördert!

[Zurück zur Gliederung](#)

### **Impressum**

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Northeim-Einbeck, Scharnhorstplatz 8, 37154 Northeim

Verantwortlich: Frauke Heiligenstadt, MdL, Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Northeim-Einbeck, Anschrift wie oben

Redaktion: Peter Traupe, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion Northeim, Anschrift wie oben

Entstanden unter Mitwirkung von: Ludwig Binnewies, Herbert Bredthauer, Heidi Emunds, Stefan Fiege, Simon Hartmann, Frauke Heiligenstadt, Christian Krug, Rolf Metje, Christina Munder, Uwe Schwarz, Nadine Seifert-Doods, Peter Traupe, Sylvia Vann

[Zurück zur Gliederung](#)